

## Gemeinsame Verantwortung

VON MATTHIAS BELAFI

Als die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der EKD am 28. Februar 2014 einen Impulstext unter dem Titel „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ vorlegten, war es ihr Ziel, im Rahmen einer Ökumenischen Sozialinitiative eine breite gesellschaftliche Debatte über die Gestaltung einer gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung anzustoßen. Die Veröffentlichung erfolgte auf den Tag genau 17 Jahre nach dem Gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“. Über dieses Gemeinsame Wort von 1997 ist oft gesagt worden, es sei totgelobt worden, also von allen Seiten so positiv bewertet, dass niemand mehr daran habe Anstoß nehmen wollen. Gleiches lässt sich von der Ökumenischen Sozialinitiative sicherlich nicht behaupten, die von verschiedenen Seiten kritisiert wurde. Die Kritik beginnt schon beim Entstehungsprozess: Während das Gemeinsame Wort 1997 in einem Konsultationsprozess erarbeitet worden ist, präsentieren die Kirchen mit der Sozialinitiative einen Text, der eine Debatte initiieren soll und nicht bereits Ergebnis einer innerkirchlichen und gesellschaftlichen Diskussion ist. Dieser Unterschied ist bewusst gewählt, weil sich die Kirchen einig waren, den Konsultationsprozess von 1997 nicht einfach wiederholen zu können. Auch inhaltlich nimmt die Sozialinitiative Bezug auf das Wort von 1997, will es aber nicht



Matthias Belafi.

Foto: DBK

ersetzen. Die Kirchen sehen sich vielmehr herausgefordert, angesichts tief greifender Umbrüche in den letzten beiden Jahrzehnten wie der Globalisierung und dem demographischen Wandel mit einem öffentlichen Anstoß zur Debatte über die Sozialordnung beizutragen.

Zentrales Thema des Impulstextes ist die Frage, wie Freiheit und Verantwortung miteinander verbunden werden können. Gerade die Krisen der vergangenen Jahre haben die Notwendigkeit dieser Verbindung deutlich gemacht. Die Kirchen bekennen sich zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das sie am besten für geeignet halten, diese Verbindung sicherzustellen, da die Marktwirtschaft für Wettbewerb sorgt, die Rahmenordnung allerdings faire Regeln und einen sozialen Ausgleich garantiert. Da die Soziale Marktwirtschaft aber keine starre Ordnung ist, sondern ein Konzept, das immer wieder den Herausforderungen angepasst werden muss, geht es heute darum, einerseits dieses Konzept in Richtung einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft fortzuentwickeln, andererseits aber auch einem globalen Markt eine globale Ordnung zu geben und damit eine globale Soziale Marktwirtschaft zu etablieren.

Leitbild des Impulstextes ist das Ziel einer sozialen Inklusion und Partizipation im Sinne der Beteiligungsgerechtigkeit. Konkret wird dieses Leitbild an der Bewertung der Arbeitsmarktreformen des vergangenen Jahrzehnts: Sie fällt im Grundsatz positiv aus, weist aber auch auf bestehende Defizite hin. Im Blickpunkt der Kirchen stehen vor allem die Langzeitarbeitslosen, die von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung noch nicht hinreichend profitieren konnten.

Sie fordern stärkere Anstrengungen, um auch denjenigen, die immer noch in Arbeitslosigkeit verharren, eine Perspektive zu bieten. „Kein Mensch darf als ‚nicht-aktivierungsfähig‘ abgeschrieben werden“, unterstreichen sie. Gleichzeitig warnen sie aber auch vor den negativen Folgen des Mindestlohns, der neue Schranken für die Integration Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt errichten könnte. Auch die Folgen des durchaus ja gewollten Niedriglohnbereichs nehmen die Kirchen in den Blick, wenn heute viele Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen verharren. Demgegenüber betont die Sozialinitiative das Ziel des sozialen Ein- und Aufstiegs und der gerechten Beteiligung aller: „Wer in Deutschland arm ist, bleibt allzu oft arm. Zudem ist es so, dass Armut weiterhin in viel zu vielen Familien von einer Generation an die nächste ‚vererbt‘ wird. Damit wollen wir uns als Kirchen nicht abfinden.“ Zentrale Voraussetzung dafür ist aber die Frage der Bildung, die so zu einem Schlüssel der Chancengerechtigkeit wird.

Mit Blick auf die Generationengerechtigkeit müssen drei Aspekte der Sozialinitiative herausgestrichen werden: Erstens wird auf die Notwendigkeit demographiefester Sozialversicherungssysteme hingewiesen. Hier betonen die Kirchen nicht nur die Notwendigkeit der Rente mit 67, sondern fordern weitere Anpassungsmaßnahmen im Rentensystem. Zweitens wird das Ziel der Haushaltskonsolidierung und des Schuldenabbaus in den Blick genommen. Und drittens ist die stärkere Berücksichtigung der ökologischen Folgen unseres Wirtschafts- und Lebensstils im Sinne der Fortentwicklung unseres Wirtschaftsmodells zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft zu sehen. Am Brennpunkt des Klimawandels wird deutlich, dass die ethische Herausforderung darin besteht, dass die Verursacher der Problematik nicht identisch sind mit denjenigen, die die Folgen zu tragen haben. Deshalb muss „das neue Ziel der ökologischen Verantwortung mit den herkömmlichen Prinzipien der marktwirtschaftlichen Freiheit und des sozialen Ausgleichs verbunden“ werden. Die Kirchen wissen zwar um den Konfliktreichtum, aber auch um die Notwendigkeit dieser Zielppluralität.

Der nationale Blickwinkel der Sozialinitiative wird durch die Ausführungen zur Europäischen Integration geweitet. Die Eurokrise hat vielen erst den Umfang der Auswirkungen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion vor Augen geführt. Bei der Bewältigung der Krise mahnen die Kirchen sowohl Solidarität unter den europäischen Staaten als auch die Übernahme von Eigenverantwortung in den Krisenstaaten an. Sie begrüßen den Fiskalpakt, der zu einer Konsolidierung der Staatsfinanzen in Europa führen soll, und fordern die Weiterentwicklung der EU zu einer Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft.

Diese breite Themenpalette der Ökumenischen Sozialinitiative wird in zehn Kapiteln entfaltet. Im Zuge der Diskussion über die Sozialinitiative wird sich die sozialethische Kolumne der KSZ in der „Tagespost“ in den kommenden zehn Wochen mit diesen Kapiteln befassen. Die Autoren kommen dabei aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, aus Wissenschaft und Praxis sowie aus der katholischen und der evangelischen Kirche. Insofern soll auch diese Kolumne mit diesen zehn Artikeln zur kritischen Debatte über die Ökumenische Sozialinitiative beitragen. Noch bis Ende Februar 2015 bitten die Kirchen um Kommentare zum Impulstext, die auf der Homepage [www.sozialinitiative-kirchen.de](http://www.sozialinitiative-kirchen.de) eingereicht werden können. Den Prozess wollen die Kirchen mit einer gemeinsamen ökumenischen Feststellung abschließen, in der die Debatten ausgewertet und offene Themen aufgegriffen werden. Damit ist das Thema jedoch keinesfalls erledigt. Denn über diesen Prozess hinaus stehen die Christen in der gemeinsamen Verantwortung, sich an der Gestaltung einer gerechten Gesellschaft zu beteiligen.

Der Autor, Dr. Matthias Belafi, ist Geschäftsführer der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz.